

## BFH – Anhängige Verfahren

- **AEUV Art 343:**

*Schenkungssteuer, Europäische Union, Unbeschränkte Steuerpflicht*

**Bundesfinanzhof Az: II R 38/21**

Findet Art 13 ProtVB auf die Schenkungssteuer Anwendung? In welchen Staatenverhältnissen findet Art 13 ProtVB Anwendung? Sind bzw. welche Auswirkungen sind einer veränderten Motivation für die Wohnsitznahme beizumessen?

- **AO § 125 Abs 1:**

*Außenprüfung, Steuerabzug, Beschränkte Steuerpflicht*

**Bundesfinanzhof Az: I R 21/21**

Zuständigkeit für die Prüfung des Steuerabzugs nach § 50a EStG im Rahmen einer Außenprüfung Ist das Bundeszentralamt für Steuern für die Prüfung des Steuerabzugs nach § 50a EStG im Rahmen einer Außenprüfung sachlich gemäß §§ 195, 16 AO i.V.m. § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 12 FVG zuständig?

- **AO § 180 Abs 5 Nr 1:**

*Doppelbesteuerung, Gesonderte Feststellung, Negativer Progressionsvorbehalt, Betriebsstätte, Gold*

**Bundesfinanzhof Az: I R 39/21**

Liegt eine abkommensrechtliche Betriebsstätte auch dann vor, wenn die Geschäftseinrichtung weniger als sechs Monate, aber für die gesamte oder einen wesentlichen Teil der Zeitdauer der unternehmerischen Tätigkeit genutzt wurde?

■ **AO § 233a Abs 2a:**

*Nachzahlungszinsen, Vollverzinsung, Billigkeitserlass, Grundlagenbescheid, Folgebescheid, Ermessen, Verschulden, Erbe, Schätzung, Verfassung*

**Bundesfinanzhof Az: X R 12/21**

Erlass von Zinsen gemäß § 233a AO aus sachlichen Billigkeitsgründen bei ungeklärter Erbenstellung: Begründet der Umstand, dass der Kläger aufgrund der unklaren Erbsituation nicht in der Lage war, die Besteuerungsgrundlagen vor der Feststellung annähernd zu ermitteln bzw. sachgerecht zu schätzen, eine sachliche Unbilligkeit? Begründet der Umstand, dass der Kläger erst längere Zeit nach dem Erbfall als Erbe feststand (hier: knappe sechs Jahre) und bis zu diesem Zeitpunkt keinen Zugriff auf das Erbe hatte, eine sachliche Unbilligkeit? Darf auch bei Grundlagenbescheiden, die erst viele Jahre nach Ende des Veranlagungszeitraums erfolgen, im Rahmen der Zinsfestsetzung nach § 233a AO der typisierte Zinsvorteil, der dem Kläger dadurch entsteht, dass die Steuerfestsetzung in größerem Abstand zur Steuerentstehung erfolgt, abgeschöpft werden, ohne dass es nach der gesetzlichen Konzeption auf einen Grund der Verspätung und etwaige Verschuldensfragen ankommt? Anteiliger Erlass wegen Verfassungswidrigkeit der Höhe des Zinssatzes?

■ **AO § 240:**

*Säumniszuschlag, Verfassungswidrigkeit, Pfändung, Zwangsvollstreckung, Auskunft, Datenschutz*

**Bundesfinanzhof Az: II R 37/21**

Gelten die Regelungen des § 93 Abs. 8 AO auch für Auskunftersuchen der Finanzbehörde für zu vollstreckende Säumniszuschläge und Zinsen, die bzgl. ihrer Verfassungsmäßigkeit in Frage stehen, sodass ein Kontenabruf gem. § 93b AO mangels vorherigen Ersuchens einer Vermögensauskunft unzulässig ist? Begründen Art. 77 und 78 DSGVO auch eine inhaltliche gerichtliche Kontrolle der Entscheidung der Aufsichtsbehörde?

■ **AO § 97 Abs 1 S 1:**

*Datenschutzgrundverordnung, Mitwirkungspflicht*

**Bundesfinanzhof Az: II R 33/21**

Verstößt ein Vorlageersuchen der Finanzbehörde von Kontoauszügen bei Geldinstituten gemäß § 97 Abs. 1 S. 1 AO gegen Art. 6 Abs. 3 Buchst. b DSGVO?

- **AStG § 2 Abs 1 S 1:**  
*Doppelbesteuerung, Außensteuerrecht, Beschränkte Steuerpflicht, Verfassungsmäßigkeit, Unionsrecht*

**Bundesfinanzhof Az: I R 20/21**

Besteuerung auf "remittance basis" - Vorzugsbesteuerung<sup>1</sup>. Macht ein in Großbritannien ansässiger Steuerpflichtiger von seinem ihm nach britischem Steuerrecht zustehenden Wahlrecht Gebrauch, nicht in Großbritannien erzielte Einkünfte auf "remittance basis" zu versteuern (d.h., nur soweit sie nach Großbritannien überführt wurden), stellt dies dann eine Vorzugsbesteuerung nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 AStG dar?<sup>2</sup>. Ist die Vorschrift des § 2 Abs. 2 Nr. 2 AStG wegen Verstoßes gegen Art. 20 Abs. 3 GG verfassungswidrig?<sup>3</sup>. Verstößt die erweitert beschränkte Steuerpflicht i.S. des § 2 Abs. 1 Satz 1 AStG gegen Art. 3 Abs. 1 GG und ist sie mit dem Unionsrecht unvereinbar?

- **DBA CHE Art 15a Abs 2 S 1:**  
*Grenzgänger, Schweiz, Geringfügige Beschäftigung*

**Bundesfinanzhof Az: I R 24/21**

Grenzgänger bei sog. geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen i.S. von § 7 KonsVerCHEV<sup>1</sup>. Kann eine regelmäßige Rückkehr eines Grenzgängers an den Wohnsitz gemäß Art. 15a DBA-Schweiz 1971/2002 bereits angenommen werden, wenn der Arbeitnehmer lediglich an ein bis zwei Tagen im Monat an seinen Wohnsitz zurückkehrt, wenn er arbeitsvertraglich nur drei Arbeitstage je Monat schuldet?<sup>2</sup>. Verstößt § 7 KonsVerCHEV gegen den Vorrang des Gesetzes?

- **EStG § 16 Abs 1 Nr 1:**  
*Berufsunfähigkeit, Veräußerungsgewinn, Freibetrag, Nachweis, Umschulung, Betriebsaufgabegewinn, Teilbetrieb, Abgrenzung*

**Bundesfinanzhof Az: X R 10/21**

Kann für die Gewährung des Freibetrages nach § 16 Abs. 4 EStG (entsprechend der geänderten Rechtsprechung des BFH zu § 33 EStG) von einem formalisierten Nachweisverfahren abgesehen werden? Kann die Gewährung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in Form einer Weiterbildung als Nachweis für das Vorliegen einer dauernden Berufsunfähigkeit i.S. des § 16 Abs. 4 EStG dienen, wenn eine solche Gewährung auch aus anderen Gründen möglich ist?

- **ESTG § 1a Abs 1 Nr 2:**  
*Unbeschränkte Steuerpflicht, Einkommensteuer, Ausland, Sozialversicherung, Sonderausgabe*

**Bundesfinanzhof Az: I R 26/21**

Beiträge zur niederländischen Sozialversicherung als Sonderausgaben bei der Besteuerung eines nach § 1 Abs. 3 EStG unbeschränkt Steuerpflichtigen. Rechtfertigt die Behandlung des im Ausland lebenden Ehegatten nach § 1a Abs. 1 Nr. 2 EStG als unbeschränkt einkommensteuerpflichtig den Abzug der mit seiner Einnahmeerzielung im Ausland zusammenhängenden Sonderausgaben bei der deutschen Besteuerung?

- **ESTG § 20 Abs 1 Nr 7:**  
*Genossenschaftsanteil, Vorteilsausgleich, Verdeckte Gewinnausschüttung, Zinsvorteil*

**Bundesfinanzhof Az: VIII R 23/21**

Handelt es sich bei der Vereinbarung von geminderten Netto-Soll-Mieten für Mitglieder einer Bau- und Wohnungsgenossenschaft, die weitere freiwillige Genossenschaftsanteile zeichnen, welche weder an Gewinnausschüttungen teilhaben noch verzinst werden, - unter der vertraglich vereinbarten Voraussetzung, dass sich der Vorteil der Wohnkostenreduzierung und der Vorteil der Zinsersparnis betragsmäßig entsprechen – um einen Vorteilsausgleich, der weder zu steuerpflichtigen Belastungen bei der Genossenschaft noch ihrer Genossenschaftsmitglieder führt?

- **ESTG § 20 Abs 1 Nr 9:**  
*Familienstiftung, Zuwendung*

**Bundesfinanzhof Az: VIII R 25/21**

Gehören Zuwendungen von Geld- und Sachleistungen einer ausländischen Familienstiftung zu den steuerpflichtigen Einkünften aus Kapitalvermögen nach § 20 Abs. 1 Nr. 9 EStG?

- **ESTG § 21 Abs 1 S 1 Nr 1:**  
*Darlehenszinsen, Gesellschafterdarlehen, Personengesellschaft, Vermögensverwaltung*

**Bundesfinanzhof Az: I R 19/21**

Abzugsfähigkeit von Darlehenszinsen aus Gesellschafterdarlehen bei vermögensverwaltender Personengesellschaft. Ist ein Darlehensverhältnis zwischen einem Gesellschafter und einer vermögensverwaltenden Personengesellschaft auf Grund der Bruchteilsbetrachtung nach § 39 Abs. 2 Nr. 2 AO steuerrechtlich nicht anzuerkennen, soweit der darlehensgebende Gesellschafter selbst an der Gesellschaft beteiligt ist?

■ **ESStG § 23 Abs 1 S 1 Nr 1 S 3:**

*Eigentumswohnung, Kinder, Eigennutzung, Kindergeld, Privates Veräußerungsgeschäft*

**Bundesfinanzhof Az: IX R 28/21**

Ist der Befreiungstatbestand des § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Satz 3 EStG einer an die Kinder überlassenen Immobilie nicht (mehr) erfüllt, wenn zwei der dort lebenden Kinder weit vor der betreffenden Veräußerung aus der Kindergeldberechtigung herausgewachsen sind, das dritte dort lebende Kind aber unter die Kindergeldberechtigung fällt? Reicht die Unterhaltsverpflichtung der Eltern (Unterhalt für die zwei nicht mehr Kindergeldberechtigten in Form des kostenlosen Wohnens) zur tatbestandlichen Eigennutzung aus?

■ **ESStG § 23 Abs 1 S 1 Nr 2 S 1:**

*Bitcoin, Kryptowährung, Wirtschaftsgut, Vollzugsdefizit, Privates Veräußerungsgeschäft*

**Bundesfinanzhof Az: IX R 27/21**

Fällt eine Kryptowährung begrifflich unter das Tatbestandsmerkmal eines anderen Wirtschaftsguts i.S. von § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Satz 1 EStG und damit in den Anwendungsbereich der Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften? Liegt in der Aufdeckung von diesbezüglichen Geschäften mit seiner Vielzahl von sich im Ausland befindlichen Plattformanbietern ein strukturelles Vollzugsdefizit vor?

■ **ESStG § 44a Abs 5 S 4:**

*Kapitalertragsteuer, Freistellungsbescheinigung, Überzahlung*

**Bundesfinanzhof Az: I R 18/21**

Abstandnahme vom Kapitalertragsteuerabzug - Dauerüberzahlerbescheinigung Ist bei der Beurteilung der "Art der Geschäfte" einer Kapitalgesellschaft i.S. des § 44a Abs. 5 Satz 1 EStG auf die tatsächliche Geschäftstätigkeit und nicht auf den satzungsmäßigen Unternehmensgegenstand abzustellen?

■ **ESTG § 5 Abs 7:**

*Rücklage, Gewinn, Pensionsverpflichtung*

**Bundesfinanzhof Az: XI R 24/21**

Kann eine Rücklage nach § 5 Abs. 7 EStG für einen Gewinn aus einer übernommenen Pensionsverpflichtung gebildet werden?

■ **ESTG § 6 Abs 1 Nr 1a:**

*Abfindung, Mieter, Abschreibung, anschaffungsnahe Herstellungskosten, Modernisierung, Renovierung, Räumung, sofort abzugsfähige Werbungskosten*

**Bundesfinanzhof Az: IX R 29/21**

Sind an Mieter gezahlte Abfindungen für die vorzeitige Räumung der Wohnungen zum Zwecke der Durchführung von umfangreichen Renovierungsmaßnahmen den Aufwendungen für Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen i.S. von § 6 Abs. 1 Nr. 1a EStG zuzuordnen, sodass sie unter den weiteren Voraussetzungen anschaffungsnahe Herstellungskosten darstellen, die dann im Wege der AfA ihre steuerliche Berücksichtigung erfahren?

■ **GG Art 12 Abs 1:**

*Arbeitsrecht, Berufsausübungsfreiheit, Bundeseigenverwaltung, Dienstleistungsfreiheit, Fahrer, Gesetzgebungskompetenz, Güterbeförderung, Logistik, Mindestlohn, Spediteur, Verfassung, Verkehr, Zoll*

**Bundesverfassungsgericht Az: 1 BvR 1693/21**

Übertragung von Prüfungsbefugnissen nach dem MiLoG auf die Zollverwaltung - Anwendbarkeit des MiLoG auf ausländische Transportunternehmen  
--Verfassungsbeschwerde--

■ **GrESTG § 1 Abs 3 Nr 1:**

*Grunderwerbsteuer, Anteilsvereinigung, Treuhandverhältnis*

**Bundesfinanzhof Az: II R 34/21**

Unterliegt der Erwerb von mindestens 95 % der Anteile an einer grundbesitzenden Gesellschaft durch einen Treuhänder bei diesem der Grunderwerbsteuer i. S. des § 1 Abs. 3 Nr. 1 GrESTG?

■ **GrEStG § 19 Abs 2 Nr 4:**

*Gründerwerbsteuer, Gesonderte Feststellung, Zurechnung, Gesamthandsvermögen, Anzeigepflicht, Feststellungsverjährung, Folgebescheid*

**Bundesfinanzhof Az: II R 20/21**

Stellt die reine Übersendung des Vertrags bzgl. der Übertragung von Kommanditanteilen durch den Notar an das Finanzamt (und nicht an die dort zuständige Stelle) eine Anzeige nach § 19 Abs. 2 Nr. 4 GrEStG dar, sodass damit die reguläre Festsetzungsfrist gem. § 170 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 AO für den Feststellungsbescheid anläuft? Sind dem bisherigen Alleineigentümer der Grundstücke auf Grund eines gesellschaftsvertraglichen Zustimmungsvorbehalts für deren Verkauf, diese ihm weiterhin zuzurechnen? Sind für die Beurteilung des Verhältnisses am Gesamthandsvermögen auch weitere Kapitalkonten laut Gesellschaftsvertrag einzubeziehen?

■ **InvStG § 2 Abs 2 S 2:**

*Investmentfonds, Veräußerungsgewinn, Aktie, Termingeschäft, Verrechnung, Missbrauch, Rückwirkung*

**Bundesfinanzhof Az: VIII R 24/21**

Ist bei einer Anlage in einem Spezial-Investmentfonds im Jahr 2011 der gesondert und einheitlich festzustellende Veräußerungsgewinn um die im Rahmen eines Aktien-Forwardgeschäfts geleisteten Barausgleichszahlungen zu mindern? Ist die mit Wirkung ab dem 01.01.2018 eingeführte Vorschrift des § 39 Abs. 3 InvStG (betreffend sog. Koppungsgeschäfte) rückwirkend auf den vorliegenden Fall anzuwenden?

■ **KStG § 14 Abs 1 S 1 Nr 2 S 2:**

*Organschaft, Körperschaftsteuer, Personengesellschaft, Holding*

**Bundesfinanzhof Az: I R 23/21**

Körperschaftsteuerrechtliche Organschaft Erfüllt eine Personengesellschaft als sog. geschäftsleitende Holding die Voraussetzung der eigenen gewerblichen Tätigkeit i.S. des § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Satz 2 KStG?

■ **KStG § 37 Abs 5:**

*Körperschaftsteuerguthaben, Solidaritätszuschlag, Eigentum, Verfassungsmäßigkeit*

**Bundesfinanzhof Az: I R 49/21**

1. Ergibt sich aus dem Anspruch auf Festsetzung und (ratierliche) Auszahlung des Körperschaftsteuerguthabens auch ein Anspruch auf Festsetzung und Auszahlung des auf das festgestellte Körperschaftsteuerguthaben entfallenden Solidaritätszuschlages? 2. Das Ver-

fahren I R 39/10 war durch Beschluss vom 10.08.2011 ausgesetzt und dem BVerfG (dortiges Az.: 2 BvL 12/11) gemäß Art. 100 Abs. 1 Satz 1 GG vorgelegt worden.<sup>3</sup> Die Vorlage ist erledigt durch BVerfG-Beschluss vom 27.10.2021 - 2 BvL 12/11. Das Verfahren wird unter dem neuen Az. I R 49/21 (I R 39/10) fortgesetzt.

■ **UmwStG § 18 Abs 3:**

*Einbringung, Personengesellschaft, Anteilsveräußerung, Stille Reserven, Sonderbetriebsvermögen*

**Bundesfinanzhof Az: IV R 20/21**

Sind stille Reserven eines Grundstücks, das vor der Umwandlung an die GmbH im Rahmen einer Betriebsaufspaltung vermietet war und infolge der Umwandlung zu Sonderbetriebsvermögen bei der übernehmenden GmbH & Co. KG geworden ist, bei einer Veräußerung des Mitunternehmeranteils gemäß § 18 Abs. 3 UmwStG in den Gewerbeertrag einzubeziehen?

■ **UStG § 12 Abs 1:**

*Lieferung, Sonstige Leistung, Werbung, Lebensmittel, Regelbesteuerung*

**Bundesfinanzhof Az: V R 38/21**

Unterliegen Werbeartikel aus dem sog. Food-Bereich (insbesondere mit Werbedrucken versehene Süßigkeiten) dem Regelsteuersatz nach § 12 Abs. 1 UStG?

■ **UStG § 15 Abs 1a S 1:**

*Vorsteuerabzug, Wirtschaftliche Tätigkeit, Private Vermögensverwaltung, Luxusfahrzeug, Repräsentationsaufwand*

**Bundesfinanzhof Az: V R 26/21**

Vorsteuerabzug aus dem Erwerb sogenannter Luxusfahrzeuge einer Verwaltungs-GmbH: 1. Handelt es sich bei nicht zugelassenen, sondern ausschließlich für den späteren Wiederverkauf bestimmten Fahrzeugen um keine dem privaten Affektionswert dienenden Wirtschaftsgüter, sodass der Vorsteuerabzug nicht nach § 15 Abs. 1a Satz 1 UStG i.V.m. § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 7 EStG ausgeschlossen ist? 2. Kann ein geschäftlicher Rahmen bzw. eine wirtschaftliche Tätigkeit allein aus dem subjektiven Umstand abgeleitet werden, dass die Fahrzeuge als Wertanlage mit dem Ziel des späteren Verkaufs und daher mit Einnahmierzweck erworben wurden, oder müssen vielmehr objektive Kriterien erfüllt sein?



- **UStG § 15 Abs 1a S 1:**  
*Vorsteuerabzug, Wirtschaftliche Tätigkeit, Private Vermögensverwaltung, Luxusfahrzeug, Privatsammlung*

**Bundesfinanzhof Az: V R 27/21**

Vorsteuerabzug aus dem Erwerb sogenannter Luxusfahrzeuge eines Einzelkaufmanns:1. Handelt es sich bei nicht zugelassenen, sondern ausschließlich für den späteren Wiederverkauf bestimmten Fahrzeugen um keine dem privaten Affektionswert dienenden Wirtschaftsgüter, sodass der Vorsteuerabzug nicht nach § 15 Abs. 1a Satz 1 UStG i.V.m. § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 7 EStG ausgeschlossen ist?2. Kann ein geschäftlicher Rahmen bzw. eine wirtschaftliche Tätigkeit allein aus dem subjektiven Umstand abgeleitet werden, dass die Fahrzeuge als Wertanlage mit dem Ziel des späteren Verkaufs und daher mit Einnahmierzweck erworben wurden, oder müssen vielmehr objektive Kriterien erfüllt sein?

- **UStG § 3 Abs 14:**  
*Einzweck-Gutschein*

**Bundesfinanzhof Az: XI R 11/21**

Können Gutscheine über elektronische Dienstleistungen als Einzweck-Gutscheine i.S. des § 3 Abs. 14 UStG qualifiziert werden?

- **UStG § 3 Abs 14:**  
*Einzweck-Gutschein*

**Bundesfinanzhof Az: XI R 21/21**

Können Gutscheine über elektronische Dienstleistungen als Einzweck-Gutscheine i.S. des § 3 Abs. 14 UStG qualifiziert werden?

- **UStG § 3a Abs 3 Nr 1:**  
*Ort, Grundstück, Ausland, Vermietung, Betriebsstätte, Verwaltung*

**Bundesfinanzhof Az: V R 17/21**

Leistungsort im Zusammenhang mit dem Bezug von Verwaltungsleistungen bei Grundstücksvermietung:1. Inwieweit sind die mit der Verwaltung von Grundstücksgesellschaften zusammenhängenden Leistungen einer KG, deren Geschäftsleitungsbetriebsstätte sich im Ausland befindet, aufgrund ihres im Inland belegenen Grundstücks und der dafür abgeschlossenen Verträge als grundstücksbezogene Leistungen i.S. des § 3a Abs. 3 Nr. 1 Satz 1 UStG in Deutschland zu verorten?2. Unter welchen Voraussetzungen sind hiervon ab-

weichende Zuordnungen nach § 3a Abs. 2 Satz 2 UStG vorzunehmen?3. Gilt ein Leistungsbündel eines MCF-Vertrages, das Bestandteile enthält, die sich sowohl auf die Organisation des richtigen Funktionierens und des ordnungsgemäßen Betriebes des Gebäudes als auch auf die finanziellen Interessen des Leistungsempfängers (hier: der Investoren) richten, als im Rahmen einer Eigentumsverwaltung erbracht, wenn das Grundstück --wie hier-- der langfristigen Vermietung dient, oder ist vielmehr von einer von dem betreffenden Grundstück losgelösten (einheitlichen) Portfolio-Managementleistung auszugehen?

■ **ZK Art 32 Abs 1 Buchst a Ziff ii:**

*Beistellungen, Zollwert, Einfuhr, Antidumpingzoll, Einkaufsprovision*

**Bundesfinanzhof Az: VII R 28/21**

Handelt es sich bei Designkosten für Abziehbilder für Porzellanbecher um Beistellungen i. S. des Art. 32 Abs. 1 Buchst. b Ziff. i ZK und Art. 71 Abs. 1 Buchst. b Ziff. i UZK, welche dem Zollwert hinzuzurechnen sind? Handelt es sich bei den Designkosten für Abziehbilder für Korkuntersetzer auf Grund einer Warenezusammenstellung gemäß AV 3b ebenfalls um hinzuzurechnende Beistellungen? Sind Einkaufsprovisionen für die Beschaffung von Beistellungen gemäß Art. 32 Abs. 1 Buchst. b Ziff. i ZK hinzuzurechnen? Gehören zu den Umschließungskosten gemäß Art. 32 Abs. 1 Buchst. a Ziff. ii ZK bzw. Art. 71 Abs. 1 Buchst. a Ziff. ii UZK auch die Designkosten für Geschenkkartons?